

AMMERLÄNDER BRIEF

Erneut Nachtragshaushalt

Im Mai-Plenum wurde diese Woche der zweite Nachtragshaushalt beschlossen. Zügig wurde der angepasste Haushaltsplan in den Ausschüssen beraten. Natürlich war auch ich im Haushaltsausschuss damit befasst. Dadurch, dass dieser Nachtragshaushalt fast alle Politikbereiche berührt, haben alle Ausschüsse des Niedersächsischen Landtages mitberaten – das war keine leichte Aufgabe.

Mit dem Haushaltsplan allein ist es aber nicht getan. Damit das Geld so eingesetzt werden kann, wie die Haushälter es planen, mussten vier weitere Gesetze geändert werden. Deshalb haben wir auch ein Begleitgesetz, das diese Gesetzesänderungen zusammenfasst, beschlossen.

Also, was steht nun drin im Nachtragshaushalt?

Insgesamt umfasst er ein Volumen von rund 792 Millionen Euro an Mehrausgaben. Mög-

lich sind diese Mehrausgaben dadurch, dass das Land höhere Steuereinnahmen verzeichnete, als die Steuerschätzungen vom letzten Jahr vermuten ließen. Ein großer Teil des Geldes geht dabei an die Kommunen zur Finanzierung der **Unterbringung ukrainischer Geflüchteter**. Die Vollzugsbeamten von Polizei, Justiz und Steuerfahndung sowie Feuerwehrleute erhalten ab Juli eine höhere **Zulage** von monatlich 180 Euro. Außerdem haben wir das **Schulgeld** in allen gesundheitlichen, pflegerischen und sozialen Berufen abgeschafft. Mit den zusätzlich verfügbaren Mitteln können wir rückwirkend zum 1. Januar 2023 das Schulgeld erstatten. Dadurch wird nicht nur eine riesige Ungerechtigkeit beendet, sondern auch gesellschaftstragende Berufe attraktiver für potenzielle Auszubildende gemacht.



Im März hat die Polizeihubschrauberstaffel aus Rastede in Rostrup zusammen mit den Ammerländer Feuerwehren die Bekämpfung von Wald und Flächenbränden geübt. Die Polizei verfügt über entsprechend angepasste Hubschrauber, die die Einsatzkräfte in unwegsamem Gelände mit Wasser versorgen können. Eine solche gemeinsame Übung ist in Niedersachsen damit erstmalig durchgeführt worden. Durch den Klimawandel wird die Anzahl der Vegetationsbrände aber wohl zunehmen. Deshalb bin ich froh, dass hier vor Ort Kompetenzen ausgebaut werden und das entsprechende Gerät ganz in der Nähe ist. Vor Ort dabei war auch Innenministerin Daniela Behrens.



Vor einigen Wochen kam der SPD-Kreisverband zum Parteitag zusammen. Neben Dennis Rohde und Tiemo Wölken, die jeweils einen Bericht über die Bundes- und Europapolitik hielten, durfte ich über die Landespolitik sprechen. Besonders im Fokus standen aber natürlich die Themen der Kreistagsfraktion. Der Erhalt der Förderschule Rastede mit dem neuen Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung fußt zum Beispiel auf einem Antrag der SPD. Neu setzte sich auch der Kreisvorstand zusammen. Uwe Kroon wurde als Vorsitzender bestätigt und auch ich freue mich, als stellvertretender Vorsitzender weiterhin aktiv mitgestalten zu können. Zudem

Ebenfalls aus der Landespolitik berichten durfte ich bei der Delegiertenversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes im April. Die Koalitionsfraktionen nehmen den Brand- und Katastrophenschutz auch besonders in den Fokus. Unter anderem sollen die Ausbildungskapazitäten an den Standorten des NLBK, wie zum Beispiel Loy, erhöht werden. Die Ammerländer Feuerwehren sind bereits jetzt gut aufgestellt. Aber sie sehen sich auch in der Pflicht, noch mehr zu tun: deshalb haben sie sich beim Land um einen Rollcontainer mit Spezialgerät zur Vegetationsbrandbekämpfung beworben. Diese Bewerbung unterstütze ich gerne.



Am Gründonnerstag durfte ich mit der Westersteder SPD über 350 Ostereier verteilen. Die Aktion, die auf dem Wochenmarkt stattfand, hat lange Tradition. Nur während der Corona-Pandemie mussten die Westersteder Genossinnen und Genossen darauf verzichten. Dieses Jahr konnten sie aber wieder voll dabei sein und auch endlich wieder mit einem eigenen Landtagsabgeordneten aufwarten. Ich hatte viel Spaß an der Aktion, auch wenn ich bei der wirklichen Arbeit – dem Färben der Eier – nicht dabei sein konnte.



Im März feierte der Landesverband Theaterpädagogik sein 15-jähriges Bestehen. Bei der Aktion „Was macht Demokratie lebendig?“ haben mir die kleinen und großen Akteure eindrucksvoll gezeigt, wie man die verschiedenen Aspekte der Demokratie leidenschaftlich in Szene setzen kann. Dabei ist dieses wunderbare Bild entstanden und ich fühlte mich kurz in meine eigene Schulzeit zurückversetzt. Ich habe nämlich selbst die Theater-AG meiner Schule besucht. Auch heute noch gibt es an den Ammerländer Schulen viele solcher Angebote, die zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Theaterpädagogischen Zentrum Oldenburg gestaltet werden.

Ein halbes Jahr ist es nun her, dass sich der 19. Landtag konstituiert hat und ich mein Amt als direkt gewählter Abgeordneter übernommen habe. Und wenn das auch wie eine lange Zeit wirken mag, bin ich doch noch neu im Amt. Deshalb mache ich noch immer Antrittsbesuche. Zum Beispiel bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, aber auch bei anderen Entscheidungsträgern oder Initiativen. Bei meinem Antrittsbesuch in Bad Zwischenahn, habe ich mich mit Bürgermeister Henning Dierks über den Gesundheits- und Fahrradtourismus unterhalten. Diese Branchen sind hier nämlich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und liegen mir als Mitglied im Tourismusausschuss nahe.



Aus dem Plenum

Neben der Haushaltsberatung, welche das Mai-Plenum dominiert hat, haben die Koalitionsfraktionen noch weitere wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht.

Am Mittwoch haben SPD und Grüne der Ausbeutung bei Paketdiensten den Kampf angesagt. Mit einem Antrag zum Verbot von Werkverträgen und Nachunternehmerketten in der Paketbranche wollen wir zeigen, dass Logistik auch mit guten Arbeitsbedingungen geht. Das Paketbotenschutzgesetz, das 2019 vom Bund erlassen wurde, verfolgt eigentlich dieselben Ziele. Leider hat sich die Situation für Paketboten trotzdem nicht verbessert, denn nur noch ein Drittel aller Paketboten ist direkt bei einem Kurierdienst beschäftigt. Der Rest ist bei Subunternehmern angestellt oder wird in eine Schein-Selbstständigkeit gezwungen. Mit dem Entschließungsantrag fordern wir nun die Landesregierung auf, über den Bundesrat eine Verschärfung des Paketbotenschutzgesetzes zu bewirken.

Direkt anschließend ging es darum, ein Handlungskonzept für den artgerechten Umgang mit Bibern zu erarbeiten. Der Antrag, der von allen Fraktionen mitgetragen wurde, fordert die Landesregierung auf, einen Dialog mit allen Gewäs-

serbewirtschaftern sowie weiteren Betroffenen zu starten, ihnen Beratungsangebote zu eröffnen und ein landesweites Biber-Monitoring aufzubauen. Das ist wichtig, weil Biber durch den Bau von Dämmen ihre Flüsse und Bäche stark umgestalten. Das stellt natürlich die Anlieger und Nutzer von solchen Gewässern vor Probleme. Damit alle Beteiligten sachlich ihre Probleme vortragen können und ihnen auch geholfen wird, soll deshalb in der Frage des Bibers mit größtmöglicher Transparenz gearbeitet werden.

Zum ersten Mal beraten wurde unser Antrag, die Istanbul-Konvention ressortübergreifend umzusetzen. Die Istanbul-Konvention ist ein europäisches Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt. Evaluationen zeigen, dass auf diesem Gebiet in Deutschland noch Handlungsbedarf besteht. Deshalb fordern wir als Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, eine Koordinierungsstelle einzurichten, die bestehende Hilfsangebote bündelt und vernetzt, damit Hilfe besser und schneller verfügbar wird. Zudem soll das Land sich für eine bundesweit einheitliche und höhere Finanzierung von Frauenhäusern und Gewaltschutzeinrichtungen einzusetzen.



Vergangene Woche war der Landtag in Hannover ganz in Kinderhand. Die SPD-Fraktion hatte 125 Schülerinnen und Schüler aus ganz Niedersachsen anlässlich des Zukunftstages dazu eingeladen, für einen Tag zu erleben wie es ist, Landtagsabgeordnete oder -abgeordneter zu sein. Mit dabei waren auch zwei Schüler aus dem Ammerland. Die Teilnehmenden haben in einem Planspiel hautnah mitbekommen, wie die Willensbildung des Parlaments funktioniert. Aufgeteilt in fünf Fraktionen haben sie selbst Anträge erarbeitet, sich auf ein Abstimmungsverhalten geeinigt und die Anträge dann im Plenum unter der Leitung von Landtagspräsidentin Hanna Naber debattiert.

Der Ammerländer Brief wird regelmäßig zu den Sitzungswochen des Niedersächsischen Landtages per Mail verteilt. Jetzt anmelden unter: www.meyer-ammerland.de/newsletter

Impressum: Björn Meyer | SPD-Wahlkreisbüro | Lange Straße 13 | 26160 Bad Zwischenahn | Telefon: +49 4489 9570877 | Email: kontakt@bjoern-meyer.info